

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

4. Sitzung
16. März 2022

Beginn: 14.05 Uhr
Schluss: 16.53 Uhr
Vorsitz: Damiano Valgolio (LINKE), amtierender Vorsitzender

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Sachstand Coronaregeln und Hilfen
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0021](#)
WiEnBe

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0055](#)
WiEnBe
**Überschuldung von Kleinst- und Kleinunternehmen
in Folge der Coronapandemie**
(auf Antrag aller Fraktionen)

Hierzu: Anhörung

Vorsitzender Damiano Valgolio: Ich begrüße ganz herzlich unsere drei Anzuhörenden: Herrn Kaim, Mitglied im Regionalbeirat des Handelsverbandes Berlin-Brandenburg, Herrn Wiedenhaupt, den Leiter der Schuldner- und Insolvenzberatung für Kleinstselbstständige bei der Berliner Stadtmission, und Frau Krisilion, Mitglied des Vorstandes der IBB. – Vielen Dank, dass Sie hier sind und sich die Zeit nehmen, uns mit Informationen zu versorgen! – Wir werden wieder ein Wortprotokoll der Anhörung anfertigen lassen. – Wir schlagen vor, dass wir Sie in alphabetischer Reihenfolge anhören. Wir haben keine andere Reihenfolge festgelegt. – Dann verfahren wir so. Zunächst können die Fraktionen den Beratungsbedarf begründen. Ich vermute, dass das Frau Bozkurt macht. – Bitte schön!

Tuba Bozkurt (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten das Thema gemeinsam auf die Tagesordnung gesetzt, weil – wir haben eben das Thema vom Herrn Senator auch gehört – uns Corona nicht loslässt, obgleich wir auch mit anderen Krisen zu tun haben. Obwohl es einige auch sehr erfolgreiche, auch in der letzten Legislatur schon eingeführte Soforthilfen und Überbrückungshilfen gab und nach wie vor gibt, gibt es das Problem von Kleinstunternehmerinnen und Kleinstunternehmern und Soloselbstständigen, die in die Insolvenz fallen. Darüber sollten wir in jedem Fall auch politisch noch mal nachdenken und Optimierungsbedarf gemeinsam erörtern. Das wäre die Möglichkeit, mit dieser Anhörung auch anzuleiten bzw. zu starten. Insofern haben wir den Beratungs- und Anhörungsbedarf gesehen. Der sei hiermit begründet.

Vorsitzender Damiano Valgolio: Vielen Dank, Frau Bozkurt! – Dann beginnen wir mit der Anhörung. – Herr Kaim, bitte!

Uwe Kaim (Regionalbeirat Berlin des HBB, Kaim Buch & Büro Zentrale GmbH): Vielen Dank für die Einladung! – Ich darf mich erst mal kurz vorstellen: Mein Name ist Uwe Kaim, 51 Jahre, selbstständiger Unternehmer in der vierten Generation. Wir vertreiben Bücher und Schreibwaren online, offline, Klein- und Großhandel, also das volle Programm, was Handel angeht.

Zum Thema der Corona-Insolvenzzahlen würde ich Sie darauf aufmerksam machen wollen, dass die im Einzelhandel nicht wirklich aussagekräftig sind, weil viele Händler und Kleinsthändler einfach abschließen. Sie sitzen zum Teil in eigenen Immobilien oder haben einen Mietvertrag, der halbjährlich kündbar ist. Der läuft dann aus, und dann schließen die ab. Da gibt es keine Insolvenz, der ist einfach weg. Das hat ziemlich massive Auswirkungen, die nicht zu unterschätzen sind. Aus dem eigenen Unternehmen kann ich sagen, dass seit Corona unser Eigenkapital rückläufig ist. Es ist immer noch über 40 Prozent. Die Banken freuen sich, aber das ist eine Entwicklung, die keine Freude macht und auch absehbar nicht besser wird. Wir sind, da sind Berlin und Brandenburg ziemlich identisch, im Durchschnitt bei minus 25

bis minus 28 Prozent pro Monat. Nur zum Vergleich, damit man die Zahl besser einordnen kann: Wenn Sie ein Innenstadtgutachten erstellen und eine Kaufkraftverlagerung von mehr als 5 Prozent im Raum steht, wird es als existenzbedrohend angesehen. Wir reden jetzt hier über 25 bis 28 Prozent, im Modehandel noch weit darüber. Ich kenne verhältnismäßig viele Händler durch verschiedenen Tätigkeiten im Handelsverband, IHK, DIHK, im Handelsausschuss bin ich auch noch unterwegs, und der größte Teil der Händler sagt: Super, dass wir ab 30 Prozent Geld beantragen können. Wir liegen immer knapp darunter. – Das jetzt schon auf Jahre, und wenn wir den Blick nach vorne machen, muss jedem klar sein, dass man einen Euro nur einmal ausgeben kann. Die Entwicklung an den Tankstellen ist sehr deutlich in unseren Kassenbüchern ablesbar. Wir werden sehr wahrscheinlich diesen Monat in den Genuss kommen, über die 30 Prozent zu kommen – Genuss in Anführungszeichen –. Es ist schon verhältnismäßig schwierig.

Was ich in Berlin noch als ein großes Thema empfinde, ist, dass, wenn ich Förderungen haben will, diesen Landesmindestlohn einhalten muss, der bei 13 Euro liegt. Sie müssen zum Verständnis wissen, dass in den unteren Tarifgruppen des Einzelhandelstarifs wir bei knapp unter 12 Euro sind. Das heißt, selbst wenn ich tariflich zahle, kann ich die Förderung nicht annehmen, weil das Land sagt: Nein, erst ab 13 Euro. – Auch da bin ich sehr gespannt von der Zukunftsaussicht und Zukunftsgewinnerwartung her. Der 12-Euro-Mindestlohn, also nur die Aussicht des 12-Euro-Mindestlohns, hat unser Unternehmen in diesem Jahr schon zwei Auszubildende gekostet, die gesagt haben: Nein, ich breche meine Ausbildung ab. Ich bekomme ja jetzt schon mehr, und nachher mit 12 Euro bekomme ich noch mehr. – Also das wird sehr interessant. Meine Leistungsträger – das wird sicherlich hier im Raum bleiben, auch wenn es ein Wortprotokoll gibt – liegen im Schnitt so zwischen 15 und 18 Euro. Die werden sich damit auch nicht mehr zufrieden geben, wenn die anderen nachher 12 Euro bekommen, die nix können. Die, die 20 Jahre Berufserfahrung haben, kommen dann sicher auch um die Ecke und sagen: Wir wollen 20 Euro haben.

Irgendwo habe ich den Gordischen Knoten vor mir. Auf der einen Seite möchte ich es gerne bezahlen, ich brauche die Leute auch, und auf der anderen Seite habe ich sinkende Einnahmen und steigende Energiekosten und darf zusätzlich noch die Coronaliquiditätshilfen zum Teil zurückzahlen bzw. auch die Coronakredite. In meinem Unternehmen sind es 250 000 Euro, die wir innerhalb von sechs Jahren zurückführen dürfen. Das dürfen wir auch noch zusätzlich erwirtschaften und das Ganze natürlich auch noch versteuern. Das Problem ist dabei, wenn ich morgens zum Bäcker fahre, kann ich ihm schlecht erzählen, dass ich jetzt ein ganz toller Unternehmer bin und alle meine Kredite bezahle. Dann sagt der Bäcker trotzdem zu mir: Du musst deine Brötchen bezahlen, meine vier Kinder zu Hause haben Hunger. – Ich sage es mal ganz platt: Die Zukunftsaussicht ist nicht wirklich rosig. Ich glaube, das ist genug Schwarzmalerei. – Vielen Dank!

Vorsitzender Damiano Valgolio: Vielen Dank, Herr Kaim! – Frau Krisilion, bitte!

Angeliki Krisilion (IBB) [zugeschaltet]: Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Grüß Gott und hallo an die Damen und Herren, die heute da sind! Wir haben jetzt viel auch über Einzelfälle und Einzelschicksale gesprochen. Ich würde die Diskussion gern noch mal anreichern wollen, indem ich ein paar übergeordnete Zahlen zur Verfügung stelle. Die IBB hat mit dem Bund und dem Land zusammen Hilfsprogramme auch für Berlin aufgelegt und abgewickelt in Form von – wir hatten es schon – Darlehen und Zuschüssen. Insgesamt wurden in den Jahren 2020

und 2021 mit über 30 Programmen 6,1 Milliarden Euro an 406 000 Antragsteller ausgezahlt. Das heißt nach unserer volkswirtschaftlichen Schätzung haben wir rund 400 000 Arbeitsplätze damit in Berlin gesichert. Darunter fallen ganz viele Soloselbstständige und auch Kleinstunternehmen. Allein im Jahr 2021 haben wir 20 Hilfsprogramme von Bund und Land bearbeitet.

Vorsitzender Damiano Valgolio: Frau Krisilion! Sie sind jetzt weg. Ich kann Sie nicht mehr hören. Ich weiß nicht, ob es an unserer Technik liegt oder ob Sie irgendwo draufgekommen sind. – Wir hören Sie leider immer noch nicht. Frage an die Technik: Kommt bei Ihnen etwas an? – Nein, es scheint bei Ihnen hängenzubleiben. – Es waren gerade positive Zahlen. Sie haben mit den guten Zahlen begonnen. – Ich schlage vor, wir hören erst Herrn Wiedenhaupt, und danach setzen Sie fort, Frau Krisilion. – Bitte, Herr Wiedenhaupt!

Frank Wiedenhaupt (Schuldner- und Insolvenzberatung für Kleinstselbstständige bei der Berliner Stadtmission): Vielen Dank für die Einladung! – Ich freue mich sehr, hier etwas zu erzählen. Ich leite die Beratungsstelle Schuldner- und Insolvenzberatung für Kleinstselbstständige. Diese Betonung auf „die“ deswegen, weil die normalen konventionellen Schuldnerberatungsstellen, die Sie so aus dem Fernsehen kennen, Stichwort Peter Zwegat, Verbraucherinnen und Verbraucher beraten, also Menschen, die nicht selbstständig sind, und wenn sie es mal waren, sehr übersichtliche Vermögensverhältnisse haben. Es ist auch die einzige Beratungsstelle dieser Art in Deutschland. Es gibt keine andere, die das so macht und so gefördert wird wie wir. Wir haben zwar jetzt Anfragen aus Bayern und Bremen – –

Vorsitzender Damiano Valgolio: Entschuldigung, Herr Wiedenhaupt, ganz kurz! – Frau Krisilion, wir hören Sie wieder.

Angeliki Krisilion (IBB) [zugeschaltet]: Ja, wunderbar! Es tut mir leid! Ich habe nichts getan und konnte Sie die ganze Zeit mitverfolgen. Aber jetzt bin ich wieder da. Entschuldigung für die Unterbrechung!

Vorsitzender Damiano Valgolio: Gut, dass Sie wieder da sind, überhaupt kein Problem! Wir hatten jetzt mit Herrn Wiedenhaupt überbrückt, und wenn Sie einverstanden sind, lassen wir ihn zu Ende vortragen, und dann sind Sie noch mal dran.

Angeliki Krisilion (IBB) [zugeschaltet]: In Ordnung!

Vorsitzender Damiano Valgolio: Bitte, Herr Wiedenhaupt!

Frank Wiedenhaupt (Schuldner- und Insolvenzberatung für Kleinstselbstständige bei der Berliner Stadtmission): Andere Bundesländer sind auch schon interessiert an diesem Konzept. Wir werden gefördert von der Senatsverwaltung für Wirtschaft. Wir werden nicht nur finanziell gefördert, sondern es ist auch eine sehr angenehme Zusammenarbeit, denn es gibt einen sehr kurzen Draht. Für unsere Beratungsstelle ist es wichtig zu vernetzen. Wenn wir eine Idee haben und mit Frau Leutenecker, die unsere Ansprechpartnerin ist in der Verwaltung, telefonieren oder mailen, dann geht das auch alles sehr unkompliziert und schnell. Wir sind auch noch anerkannte Insolvenzberatungsstelle nach InsO, das heißt, wir sind von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales anerkannt als Insolvenzberatungsstelle. Das kann nicht jeder machen. Dazu muss man auch gewisse Eignungen vorweisen und so etwas. Ich

selber bin in diesem Bereich seit 22 Jahren, immer im Bereich Selbstständige, weil vor 22 Jahren die Insolvenzordnung für Verbraucher auch die Beratung von Selbstständigen umfasst hat.

Wir haben heute das Wort gehört – Herr Schwarz hat es so schön gesagt –: die Insolvenzen der Stromhändler. Wir haben also auch mit Insolvenzen zu tun, auch mit den Folgen dieser Insolvenzen. Unsere Klienten können oder dürfen und müssen das gleiche Insolvenzrecht, das gleiche Insolvenzverfahren wie diese großen Unternehmen anwenden. Bei uns ist nur der Unterschied, dass hier die Möglichkeit besteht, nach drei Jahren eine Restschuldbefreiung zu bekommen, das heißt, dass diese Personen dann hinterher keine Schulden mehr haben. Wir haben in Deutschland eigentlich ein sehr angenehmes Insolvenzrecht, das gerade erst geändert worden ist, ein Insolvenzrecht auf Sanierungen, auf Restrukturierungen. Die Grundlage einer solchen Sanierung bedeutet, dass man eine Ertragsprognose aufstellen muss. Man muss darlegen: Wie sieht denn in Zukunft das Geschäft aus? Danach wird saniert und restrukturiert. Und da können wir zurzeit würfeln oder unsere Wahrsagerinnen, die wir beraten, hinzuziehen, weil diese Prognosen zurzeit überhaupt nicht machbar sind.

Ich nenne mal ein Beispiel: Sawade-Pralinen, kennen Sie vielleicht, ist Anfang letzten Jahres aus der zweiten Insolvenz herausgekommen. Für Pralinenhersteller sind die Osterfeiertage und Weihnachtsgeschäfte dringend notwendig. Dann wurde für Ostern diskutiert, ob man Ruhetage am Gründonnerstag und Ostersonnabend einführt. Da ist bei Sawade das Herz stehen geblieben, denn das hätte bedeutet, dass ein ganz wichtiger Zeitraum in diesem Geschäft kaputtgegangen wäre. Das hat nicht funktioniert, aber es war in den sozialen Medien ein großes Thema.

Das Weihnachtsgeschäft, das kennen wir auch aus der Gastronomie, ist, man muss es schon so sagen, in die Hose gegangen, weil es Abstände gab. Es konnten nicht die Umsätze erzielt werden, die normalerweise möglich sind. Die Bedingungen dafür, genesen oder geimpft, bedeuten, dass ein Betrieb sagt: Ich kann nicht auf die Ungeimpften verzichten, ich hole mir Ärger ins Büro, also mache ich gar keine Weihnachtsfeier. – Das führt natürlich zu unplanbaren Situationen, was sich auch noch nicht geändert hat. Die Ukraine, das haben wir gerade gehört, ist die nächste große schwarze Box, wo nicht klar ist, was passiert.

Das heißt, wir arbeiten nach der Strategie, möglichst Insolvenzen zu vermeiden, sondern die Überbrückungshilfen für die betriebliche Situation zu nutzen und ergänzende Leistungen, Arbeitslosengeld II, also Hartz IV, für den privaten Bereich. Leider Gottes erleben wir auch bei unseren Klienten, dass sie ihre Altersvorsorge für den Kampf ums Überleben nutzen, was absolut gefährlich ist. Ich selbst bin 57. Würde ich jetzt meine Altersvorsorge in eine Selbstständigkeit stecken, hätte ich etwa noch zehn Jahre, um sie wieder aufzubauen. Das wird kaum möglich sein. Die Insolvenzzahlen sind tatsächlich im ganzen Bundesgebiet sehr gering, weil viele große Unternehmen auch sagen: Wir warten erst mal ab, bis die Situation planbar ist. – Das ist im Großen wie im Kleinen so.

Wir haben ein paar Branchen, die uns große Sorgen machen. Das ist die Gastronomie, weil durch die Abstände weniger Einnahmen erzielt worden sind. Wir wollen gar nicht über Gewinne reden. Wohl dem Gastronomen, der mit seiner Familie arbeitet. Da kann man noch allerlei machen, auf Gehälter verzichten und was weiß ich alles. Aber in diesem Bereich ist auch das Problem, das Mitarbeitende abgesprungen und nicht mehr zu kriegen sind. Es fehlt in der Gastronomie Personal. Möglicherweise – das soll um Gottes willen nicht zynisch klingen – kann man Kriegsflüchtlinge, die länger in Deutschland bleiben, in diese Bereiche hineinbringen, denn sie müssen in Arbeit kommen. Da gibt es ein riesengroßes Problem. Jeder Gastronom, der zu uns kommt, stöhnt, dass er kein Personal kriegt.

Die Ukraine ist in der Gastronomie natürlich auch schon angekommen. Gestern hatte ich eine Restaurantinhaberin, die sagte: Ich mache Pizza. Für Pizza brauche ich Weizenmehl. Ich habe jetzt schon avisiert bekommen, dass der Preis durch die Decke gehen wird. – So eine läppi-sche Pizza ist ein Problem.

Wir haben ein anderes großes Problem. Das ist der stationäre Einzelhandel. Homeoffice bedeutet, dass die Leute zu Hause bleiben. Das heißt, sie kommen nicht an Schaufenstern vorbei, können sich nicht verführen lassen, um die Klamotte ihres Lebens zu kaufen. Früher war es so: Der Chef hat einen geärgert. Mist, was mache ich jetzt? Jetzt kaufe ich mir ein paar Schuhe. – Das fällt alles aus, denn im Homeoffice ist es gar nicht so leicht, Mitarbeitende zu ärgern. Das kenne ich selbst als Leiter. Vielen in diesen Bereichen geht auch die mentale Puste aus. Das sind Branchen, die seit zwei Jahren um ihr Leben kämpfen. Ich bin tatsächlich kein Pöbler. Ich fand, diese Coronahilfen haben wirklich funktioniert. Wir sehen in unserer Beratung, diese Idee – die Coronahilfen, Überbrückungshilfen, auch wenn sie noch so kompliziert waren und hinterrücks immer mal wieder geändert worden sind – hat funktioniert, aber ein Mensch, der eine Familie ernähren muss, der seinen Betrieb am Laufen halten muss, der mit dem Gewerbevermieter und mit dem Finanzamt verhandeln muss – wobei ich insbesondere das Finanzamt loben muss, denn die haben echt etwas für ihren Ruf getan. Wir haben nur Lobhudeleien über das Finanzamt gehört. Früher kamen Selbstständige in die Beratung und haben gesagt: Die Idioten vom Finanzamt haben mir mein Konto gepfändet. – Heute sagen die: Hey, da habe ich angerufen, und der hat mit mir geredet, toll, richtig nett, hat auch etwas getan. – Dann der private Stress, Homeschooling mit den Kindern und alles Mögliche, die private Miete, die bezahlt werden muss. Das heißt, wir erleben in diesen Branchen gerade Menschen mit hohen psychischen Belastungen, Menschen, die vor Ihren Augen mehrfach den Kopf auf den Tisch knallen, dass Sie sie schon zurückhalten müssen.

Der Eventbereich ist völlig planlos. Keiner weiß, was da passiert. Es hieß erst, 2022 sollen wieder Konzerte stattfinden. Jetzt liest man überall, die ganzen großen Konzerte werden auf

2023 verschoben. Wer mal in der Waldbühne oder in der Mercedes-Benz-Halle war, weiß, dass es nicht nur die Halle ist, die nichts verdient, sondern die Eisverkäuferin, die Kartenabreißerin, die teilweise selbstständig ist, das ganze Catering, die Handwerker, die die Bühne aufbauen, Beleuchter, die, die daraus noch einen Film machen – auch der ganze Filmbereich gibt sich bei uns die Hände; wir sind mittlerweile in der Lage, einen ganzen Film zu drehen –, auch der ganze Bereich der körpernahen Dienstleistungen, Yogalehrer, Fitnesstrainer/-innen usw., hat gerade große Probleme und leidet daran, dass es keine Planungssicherheit gibt. Das ist nicht mal das politische Problem. Das ist ein weltpolitisches Problem: Was macht eigentlich ein Virus? – So weit erst mal!

Vorsitzender Damiano Valgolio: Vielen Dank, Herr Wiedenhaupt! – Frau Krisilion! Dann haben Sie wieder das Wort. Entschuldigen Sie bitte, dass wir es einfach weitergegeben haben! Das war nicht unhöflich gemeint. Sie können gern noch mal von vorn anfangen, Sie waren erst ganz am Anfang.

Angeliki Krisilion (IBB) [zugeschaltet]: Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Wiedenhaupt hat schon verschiedene Themen angesprochen. Ich werde es aus der volkswirtschaftlichen Sicht ergänzen, einige Punkte verstärken, was man volkswirtschaftlich beobachtet. Wie ich sagte, wir hatten die letzten beiden Jahre hier in Berlin rund 6,2 Milliarden Euro an entsprechenden Darlehen und Zuschüssen ausgezahlt, über 400 000 Antragsteller damit erreicht und damit rund 400 000 Arbeitsplätze gesichert. Allein 2021 waren es mit 20 Programmen auch schon wieder 3,3 Milliarden Euro. Herr Wiedenhaupt erwähnte es: Die Überbrückungshilfen wirken. Wenn wir gucken, wie es für 2020 und 2021 bei den Insolvenzen aussieht: Wir haben 2020 weniger Insolvenzen gesehen als im Vergleichsjahr 2019, nämlich 16 Prozent weniger, haben insgesamt 1 233 Insolvenzen im Jahr 2020. Für das Jahr 2021, statistisch liegen uns nur die Zahlen bis Oktober vor, ist es zurückgegangen. Wir haben bis dato 1 031 Unternehmensinsolvenzen messen können. Aber jetzt kommen wir zu einem anderen juristisch wichtigen Punkt, die Insolvenzaussetzung des Bundes bis Ende April 2021, sie wurde noch mal verlängert. Das hat natürlich geholfen, dass wir die Insolvenzen erst mal nicht sehen, weil die Insolvenz nicht anzumelden war. Und die bundesweiten Regelungen zum Kurzarbeitergeld, die auch noch mal verlängert wurden, haben geholfen. Aber, jetzt kommt der kleine Wermutstropfen, den wir nach vorn nicht valide prognostizieren können, es ist nicht abgeschlossen, wenn die Förderprogramme auslaufen, dass wir höhere Insolvenzen sehen werden. Ich glaube, das ist der entscheidende Punkt, auf den wir nach vorn hin achten müssen.

Was auch noch interessant ist, ein Vorredner hatte es angesprochen, Stichwort Eigenkapitalquoten: Auch dazu würde ich gern noch eine Information liefern. Man hatte anfangs befürchtet, dass die Eigenkapitalquoten generell in den Keller rauschen werden. Da war das BMWi sehr pessimistisch. Wir hatten aber insgesamt bundesweit die gute Situation, dass wir mit einer relativ hohen Eigenkapitalquote von 32 Prozent im Jahr 2019, unfreiwillig natürlich, in diese Krise gegangen sind. Das heißt, die Unternehmen waren volkswirtschaftlich gut aufgestellt. Wenn wir jetzt gucken, wie sich die Pandemie tatsächlich ausgewirkt hat, haben wir statistisch nur die Zahlen für das Jahr 2020: Da sahen wir einen moderaten Rückgang der Eigenkapitalquote um 1,7 Prozentpunkte. Das heißt, per 2020, wenn man sich die Abschlüsse anschaut, liegen wir mit 30 Prozent immer noch auf einem guten Niveau. Das ist jetzt aber die Over-all-Betrachtung. Gucken wir diese Kundengruppe an, die heute auf der Agenda steht, dann ist es allerdings so, dass die Kleinstunternehmen sehr stark gelitten haben, insbesondere die mit weniger als zehn Beschäftigten. Die hatten einen überdurchschnittlich starken Rück-

gang der Eigenkapitalquote, und die ist over all um über 5 Prozent zurückgegangen und ist gegenüber dem Vorjahr um 17 Prozent gesunken. Wir sprechen mit diesem Anhebungspunkt heute die kritische Menge der Unternehmer an, die besonders betroffen sind.

Kommen wir noch mal zu dem Thema der Einkommensrückgänge generell! Nach einer Untersuchung des DIW haben sich die wirtschaftlichen Auswirkungen besonders bei den Selbstständigen gezeigt. Fast 40 Prozent der jungen Selbstständigen haben über die Hälfte ihrer erwarteten Umsätze verloren, und 15 Prozent haben seit Ausbruch der Coronapandemie keine Einnahmen mehr. Das, was wir vorhin gehört haben, dass sie einfach still und leise ihr Unternehmen schließen, konnte man volkswirtschaftlich tatsächlich beobachten.

Wenn wir auf die Struktur in Berlin schauen: Wir haben rund 190 000 Unternehmen, und davon entfallen rund 90 Prozent auf Kleinstunternehmen, das sind die mit weniger als zehn Personen, und weitere 8 Prozent gehören zur Kategorie der Unternehmen bis 49 Mitarbeiter. Man muss sagen, fast 98 Prozent der Unternehmen in Berlin fallen in diese Kategorie, die wir heute zur Diskussion haben.

Von unserer Seite noch mal, was wir volkswirtschaftlichen an Daten haben, zusammenfassend: Die Überbrückungshilfen haben geholfen, aber jetzt sind die Kleinstunternehmen nicht so stark in die Krise gegangen und kommen natürlich auch geschwächt aus der Krise hervor. Herr Senator Schwarz! Ich darf Sie einmal kurz zitieren. Ich glaube, eine Erkenntnis, die wir auch haben, ist, dass wir am Ende viele gerettet haben, aber man wird nicht alle retten können, so weh uns das auch tut, ich glaube, auch das muss man einmal aussprechen, trotz der Milliardenbeträge, die zur Verfügung gestellt wurden.

Was ich von unserer Seite auch bestätigen möchte, was wir aus unseren Gesprächen hören: Die Frage ist immer: Wie kann es weitergehen? Was kommt, und was können wir tun? Eines der großen Probleme, insbesondere in der betroffenen Branche Gastronomie, ist das Thema, Fach- und Servicekräfte zu kriegen. Während der Pandemie haben sich viele Mitarbeiter anderweitig orientiert, ob sie in Testzentren geholfen haben oder in anderen Branchen untergekommen sind. Es wird sicherlich nach vorn hin, um aus der Krise zu kommen, das große Problem sein, wie die Unternehmen qualifiziertes und gutes Fachpersonal finden. – Das als Beitrag von unserer Seite.

Vorsitzender Damiano Valgolio: Vielen Dank, Frau Krisilion! – Dann besteht jetzt die Möglichkeit für eine einleitende Stellungnahme des Senats, bevor wir zur Beratung kommen. Sie können aber auch später im Rahmen der Beratung Stellung nehmen.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) [zugeschaltet]: Das Bild, das Frau Krisilion, Herr Wiedenhaupt und Herr Kaim für den Wirtschaftsstandort gegeben haben, ist sehr umfassend gewesen, sodass ich mich in die Diskussion einschalten würde, wenn Sie als Vorsitzender das so genehmigen.

Vorsitzender Damiano Valgolio: Das werde ich tun. Vielen Dank, Herr Senator! – Dann kommen wir zur Beratung. Es gibt bereits eine Wortmeldung von Herrn Wolf. – Bitte schön!

Christian Wolf (FDP): Vielen Dank! – Vielen Dank an die Vortragenden für die eindrücklichen Schilderungen, auch an Herrn Kaim, die doch sehr persönlich waren, und den großen

Überblick von der IBB! Jetzt haben wir hier die Stadtmission, Herrn Wiedenhaupt, zu Gast, und ich habe einige Fragen zu Ihrem Vortrag. Wie kam es dazu, dass die Berliner Stadtmission mit dieser Beratungsstelle betraut wurde? Das erschließt sich mir nicht ganz. Gut, ich war letztes Mal nicht dabei. Das ist, glaube ich, mit Frau Pop relativ schnell nach der Coronapandemie eingerichtet worden. Da interessiert mich, welche Optionen geprüft wurden und welche Finanzplanung dieser Entscheidung zugrunde lag. Wie ist Ihr Budget? Ihr Beratungsangebot besteht bereits. Wir hatten zwar die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht, aber Sie haben auch andere Zielgruppen. Vielleicht können Sie hier noch mal darauf eingehen, wie die Unterteilung in Freiberufler, Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften ist, und wie Sie die Abgrenzung bei Kleinst- und Kleinunternehmen vornehmen. Das Beispiel Sawade, das Sie genannt hatten, ist nach meiner Kenntnis ein mittleres Unternehmen und würde nach meiner Auffassung gar nicht in Ihren Aufgabenbereich fallen.

Dann interessiert mich, wie stark der Andrang bei Ihrem Beratungsangebot ist und wie die Kapazitäten sind. Wie lange muss man warten, bis man bei Ihnen einen Termin bekommt? Welchen wirtschaftlichen Vorteil bietet die Einbettung der Beratung bei der Stadtmission gegenüber anderen Möglichkeiten? Man könnte ja auch einen Beratungsgutschein ausstellen und niedergelassenen Schuldnerberatern das Mandat für diese Beratung erteilen.

In Vorbereitung des Gesprächs ist aufgefallen: Sie sagten eingangs, dass Sie gut vernetzt sind, aber bei meinen Recherchen habe ich nicht erfahren, dass die Berliner Wirtschaftsförderung, die bezirkliche Berater hat, von Ihrem Angebot Kenntnis hat. Es hat mich ein bisschen gewundert, dass dort nicht der Schulterschluss mit den bezirklichen Wirtschaftsförderungen gesucht wird, die auch solche Krisenfälle auf dem Tisch haben. – Vielen Dank! Das wäre es erst mal fürs Erste.

Vorsitzender Damiano Valgolio: Vielen Dank, Herr Wolf! – Dann hatte ich mich selbst auf die Redeliste setzen lassen.

Damiano Valgolio (LINKE): Vielen Dank auch von meiner Seite für die Informationen und für den Einsatz gegen Insolvenzen, den Sie für die Stadt zeigen! Ich weiß, dass gerade der Einzelhandel und die anderen Branchen, die Sie genannt haben, besonders betroffen sind. Herr Kaim! Ich kann mir vorstellen, was das für eine Situation ist, wenn man arbeiten will und nicht richtig loslegen kann. Ich bin selbst Unternehmer. Wir haben auch in den letzten zwei Jahren häufiger Panikmomente gehabt, aber das kann man nicht mit der Situation des Einzelhandels vergleichen. Trotzdem, Herr Kaim, möchte ich Ihnen an einem Punkt widersprechen, wo Sie den Landesmindestlohn und die Tariflöhne genannt haben. Im Einzelhandel ist es so, dass der Tarifvertrag, den Verdi mit dem Einzelhandelsverband für Berlin abgeschlossen hat, nur für einfachste Hilfstätigkeiten außerhalb der Kasse und außerhalb des Verkaufs einen Lohn unter 12,50 Euro vorsieht, und das auch nur im ersten Jahr. Das heißt, selbst einfachste Tätigkeiten im Einzelhandel sind nach dem Tarifvertrag nach einem Jahr oberhalb des Landesmindestlohns. Die klassische Verkäuferin ist nach dem Tarifvertrag von Anfang an deutlich oberhalb des Landesmindestlohns eingruppiert. Ich denke, das ist auch richtig, sonst würde so ein Landesmindestlohn keinen Sinn machen, wenn das den Tarifvertrag aushebeln würde. Da wollte ich als Unternehmer und Gewerkschafter an einem kleinen Punkt widersprechen, sonst haben Sie völlig recht. Wir müssen uns gemeinsam bemühen, Ihnen und den anderen Unternehmern schnell wieder auf die Beine zu helfen. Ich denke, das werden wir gemeinsam hinkriegen.

Vorsitzender Damiano Valgolio: Herr King, bitte!

Dr. Alexander King (LINKE): Vielen Dank auch von meiner Seite! Das waren wirklich sehr eindrückliche Berichte. Herr Wiedenhaupt! Sie haben die Situation sehr eindrücklich dargestellt, aber mich würde noch mehr interessieren, was Ihre Arbeit in dem Beratungsangebot ist, das knüpft an das an, was Sie gerade gefragt haben, Herr Kollege, in welchem Umfang dieses Beratungsangebot angenommen wird, wie viele Unternehmer, die dort auflaufen, Insolvenz anmelden oder einen Antrag zur Sicherung des privaten Lebensunterhalts nach SGB II stellen müssen. Wenn Sie das ein bisschen quantifizieren könnten, wäre das ziemlich interessant.

Herr Kaim! Sie hatten gesagt, und Frau Krisilion hatte das aufgegriffen, dass die offiziellen Zahlen zu Insolvenzen, die wir haben, nicht das ganze Bild darstellen. Mich würde interessieren, was unten durchfällt und was offiziell nicht so sichtbar wird. In welcher Größenordnung würden Sie das ungefähr sehen im Verhältnis zu den angemeldeten Insolvenzen? – Danke!

Vorsitzender Damiano Valgolio: Vielen Dank! – Herr Gräff, bitte!

Christian Gräff (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich hätte eine Frage an Sie, insbesondere an den betroffenen Unternehmer. Die IBB, das ist klar, kann nur das machen, was der Gesellschafter ihr mitgibt. Welche Forderungen hätten Sie speziell für kleine und Kleinstunternehmen – das betrifft den Einzelhandel ganz besonders, die Gastronomie in Berlin und das Dienstleistungsgewerbe auch – an die Politik, was ihnen helfen würde? Das können unterschiedliche Maßnahmen sein, nicht nur monetär, sondern vielleicht auch: Was ist beispielsweise mit dem Thema Ladenöffnungszeiten? Was ist mit baulichen Maßnahmen in den Zentren, also stadtentwicklungspolitischen Maßnahmen, Marketingmaßnahmen beispielsweise, die man gemeinsam mit Straßen-, Interessen-, Arbeitsgemeinschaften und der öffentlichen Hand, den Bezirken und dem Senat, machen kann usw.? Wenn Sie Ihre Forderungen an die Politik formulieren würden, dafür ist jetzt der richtige Zeitpunkt und der richtige Raum, wären wir Ihnen sehr dankbar. – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Damiano Valgolio: Vielen Dank! – Frau Bozkurt, bitte!

Tuba Bozkurt (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank für die Vorträge! Lieber Herr Wiedenhaupt! Sie haben zuvor gesagt, dass wir ein sehr gutes Insolvenzrecht in Deutschland haben und Sie trotzdem mit einem Insolvenzverfahren möglichst warten, weil es die wirtschaftliche Planungsunsicherheit gibt. Ich vermute, dass es an verschiedenen Orten nicht besonders gut ankommt, dass Sie so argumentieren. Ich gehe davon aus, dass die Insolvenzverwalter/-innen das nicht gern hören. Können Sie darstellen, wie Sie das begründen?

Der nächste Punkt, der mich interessiert, ist die Beratung von selbstständigen Frauen, vor allen Dingen von alleinerziehenden selbstständigen Frauen. Wenn Sie ein bisschen näher erörtern könnten, vor welchen Herausforderungen diese Menschen- oder Personengruppe steht, wäre ich Ihnen sehr dankbar. Mich interessieren auch die Schwierigkeiten oder die formalen Hürden, die geschaffen werden, möglicherweise Sprachhürden, die die Menschen dazu bringen, dass sie scheitern, wenn sie bei Ihnen Rat suchen. Können Sie das auch ein bisschen erörtern, ein bisschen darlegen, was da die Fallstricke sind, dass wir da einen Einblick bekommen? – Vielen herzlichen Dank!

Vorsitzender Damiano Valgolio: Vielen Dank! – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Bitte, Herr Wolf!

Christian Wolf (FDP): Ich möchte noch etwas zum Thema Vergabemindestlohn und Mindestlohn sagen, was Sie kurz angesprochen haben. Wir haben von Frau Krisilion gehört, dass 98 Prozent der Berliner Unternehmen Kleinst- und kleine Unternehmen sind, und in der Regel sind diese nicht an Tarifverträge gebunden. Da muss man einfach die wirtschaftliche Realität in dieser Stadt anerkennen, dass die Unternehmer nicht in der Lage sind, Tariflöhne zu zahlen, und dass es dann schon eine Auswirkung auf das Fördergeschehen hat. Wenn Ihnen ein Unternehmer sagt, es ist einfach in meinem Unternehmen so, dass das Auswirkungen hat, die ganz akut sind, dann muss man das auch anerkennen – vielleicht als Statement dazu –, dann kann man sagen, es ist schön, wenn tarifgebundene Jobs geschaffen werden, aber gleichzeitig ist die wirtschaftliche Realität bei uns in der Stadt leider eine andere.

Vorsitzender Damiano Valgolio: Dann habe ich mich auch noch mal auf die Redeliste gesetzt. Herrn King habe ich auch gesehen.

Damiano Valgolio (LINKE): Herr Wolf! Ich hatte nur auf Herrn Kaim geantwortet, der gesagt hatte, wenn ich es richtig verstanden habe, dass der Tariflohn im Einzelhandel unterhalb des Landesmindestlohns liege. Ich wollte richtigstellen, dass das nicht der Fall ist, es sei denn, man macht einfachste Tätigkeiten im ersten Jahr. Sonst lassen Sie uns jetzt nicht über die Tarifbindung und den Mindestlohn sprechen! Wie gesagt, ich bin selbst Unternehmer. Wir zahlen nach Tarif, und es sollte das Ziel in unserer Stadt sein, dass jedes Unternehmen seine Mitarbeiter nach Tarif bezahlt.

Vorsitzender Damiano Valgolio: Bitte, Herr King!

Dr. Alexander King (LINKE): Eine ganz kurze Frage habe ich noch an Herrn Wiedenhaupt. Sie hatten gesagt, und das verstehe ich auch, dass man, wenn man einen Ausblick versucht, quasi vor einer schwarzen Box steht, welche Störfaktoren, Energiepreise, Krieg usw. noch auf uns und auf die Unternehmer in Berlin zukommen. Vielleicht können Sie trotzdem eine Perspektive für den möglichen kommenden Bedarf Ihres Beratungsangebots geben, was die Verstärkung, die Ausweitung usw. betrifft. Wie sehen Sie das? Wie wird sich der Bedarf entwickeln? Es wäre ganz schön, wenn Sie, Herr Kaim, das auch mit aufnehmen könnten, wie Sie den Bedarf an solchen Beratungsangeboten für die nähere Zukunft sehen.

Vorsitzender Damiano Valgolio: Vielen Dank! – Herr Kaim! Ich habe gesehen, dass Sie sich gemeldet haben.

Uwe Kaim (Regionalbeirat Berlin des HBB, Kaim Buch & Büro Zentrale GmbH): Ich will ganz kurz auf das Thema Tariflohn zurückkommen, ohne dass wir ein Tagesthema daraus machen. Was hier alle vergessen: Es gibt im Tarifvertrag eine Sonderregel für Kleinstunternehmen, die zwischen 5 und 10 Prozent davon abweichen dürfen. Damit sind wir schon weit mehr als nur das eine Jahr unter den 13 Euro Landesmindestlohn. Wenn wir rechnen, und wir reden über diese kleinen Unternehmen, dann ist das nicht nur ein Jahr, sondern längerfristig. Selbst wenn ich nur dieses eine Jahr den einen Mitarbeiter da drin hätte, wäre das auch wieder ein Ausschlusskriterium. So oder so: Es beißt sich.

Vorsitzender Damiano Valgolio: Vielen Dank, Herr Kaim! – Es gab keine Wortmeldungen mehr, wenn ich keine übersehen habe oder wenn sich niemand von Ihnen jetzt mehr meldet. Damit könnten wir Ihnen als Anzuhörendem gleich wieder das Wort geben. Herr Kaim! Da Sie gerade begonnen haben, können Sie gern, wenn Sie möchten, fortsetzen. – Bitte!

Uwe Kaim (Regionalbeirat Berlin des HBB, Kaim Buch & Büro Zentrale GmbH): Vielen Dank, dass ich reagieren darf! – Zu Ihrer Frage nach den Betriebsschließungen: Gehen Sie davon aus, dass nach heutigem Stand bei der letzten Umfrage ungefähr 20 Prozent der Händler angegeben haben, dass sie bis Jahresende akut vom Insolvenzthema oder Betriebsschließung betroffen sind! Das sind nur die, die geantwortet haben. Ich gehe davon aus, dass im Schnitt ungefähr von zehn Läden drei zumachen werden. Das werden Sie bis Ende des Jahres, wenn nichts passiert und die Energiepreise weiter so sind, sehen. Dann können Sie sonstige Förderprogramme für die Belebung der Innenstädte und Sonstiges machen, es ist einfach keiner mehr da, der belebt. – Das erst mal vorweg.

Zu Ihrer Frage, wie ich den Bedarf der Beratung einschätze. Ich schätze ihn sehr hoch ein. Ich setze ihn aber viel früher an, denn was uns als Unternehmen das Leben schwer macht, ist, dass im Prinzip jeder in Berlin zum Gewerbeamt für 46 Euro oder 51 Euro, da müsste ich jetzt lügen, gehen kann. Dann hat er einen Gewerbeschein und ist ab morgen Händler. In jedem anderen Bereich, gerade im Handwerk – Herr Senator Schwarz wird mir zustimmen – gibt es einen gewissen Meisterzwang oder eine gewisse Grundausbildung, die ich erst mal haben muss, um überhaupt tätig werden zu dürfen. Ich muss wissen, dass ich eine Mehrwertsteuer abführe o. Ä. Ich würde mir wünschen, dass es eine gewisse Zugangsbegrenzung, würde ich es jetzt mal nennen, auch wenn es vielleicht das falsche Wort ist, gibt. Man muss zumindest mal ein Existenzgründerseminar an einem Wochenende für 300 Euro abgeschlossen haben, damit man überhaupt erst mal weiß, dass alles, was in der Kasse ist, nicht meins ist. Es würde vielen Branchen schon sehr helfen, weil diese kleinen Kredite, die von den Banken an genau diese Klientel vergeben werden, den Branchenindex kaputtmachen und worunter wir leiden. Die Sekretärin, die nach der Wende entlassen wurde, hat einen Bürobedarfshandel aufgemacht. Von den zehn Sekretärinnen haben 0,5 überlebt, und die anderen 9,5 haben leider ihren Kredit nicht zurückgezahlt. Dann hat die Bank gesagt: Alles klar, diese Branche setzen wir auf den roten Index –, so wie zurzeit Gastronomie und Hotels bei den Banken auf dem roten Index sind. Sie werden zurzeit kaum einen Kredit dafür bekommen. Das mal am Rande bemerkt. Da sehe ich einen Riesenbedarf, aber nicht erst, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, sondern bevor wir überhaupt loslegen.

Welche Forderungen habe ich? – Das ist eine unendliche Liste, das können Sie sich vorstellen. Das Erste ist, dass wir die Coronahilfen so lange wie möglich laufen lassen können, denn wir müssen davon ausgehen, dass wir – – Wenn wir von den Vergleichszahlen 2019 reden, hat keiner die Inflation in der Zwischenzeit auf dem Zeiger. Wir müssten eigentlich auf die Zahlen von 2019 noch 10 Prozent obendrauf rechnen, damit wir erst mal da sind, wo wir überhaupt sein müssten. Auch diese Zahl ist schon wieder Augenwischerei, wenn wir sie mit 2019 vergleichen. Es wird lange dauern, ehe wir wieder dahin kommen.

Städtebaulich definitiv: Der eine oder andere wird es nicht so gerne hören wollen, aber das ist ganze Thema Parken in der Innenstadt, Erreichbarkeit der Innenstadt. Berlin hat nun mal einen Zentralitätsfaktor. Das heißt, wir haben einen großen Einzugsbereich von außen. Es ist

ziemlich klar, auch bei 2,30 Euro für Diesel, dass die Leute mit vier Mann immer noch mit dem Auto fahren, denn wenn Sie einmal versucht haben, Ihren Wochenendeinkauf mit dem öffentlichen Verkehrsmittel oder vielleicht mit dem Lastenfahrrad zu machen – ich komme aus Jüterbog, 50 km entfernt, Lastenfahrrad ist schwierig –, machen Sie das nur einmal. Das machen Sie nie wieder. Das ist ein Riesenthema. Wenn ich die Innenstadt nicht mehr erreichen kann oder nur noch mit Tempo-30-Zonen – – Ich habe von Jüterbog bis zur Stadtgrenze genauso lange gebraucht, wie von der Stadtgrenze bis hierher, nur dass man mal einen Vergleich hat. Ein Wahnsinn!

Öffnungszeiten: Ich glaube, es ist schon sehr viel darüber gesagt worden. Es gibt fast kein Land in der EU, das die Öffnungszeiten für den Handel begrenzt. Selbst in Polen, das hochkatholisch ist, Kirchenthemen, darf ich sonntags öffnen. Ich kann es Ihnen dazu sagen: Im Onlinehandel haben wir am Sonntag die höchsten Umsätze. Logisch, die Leute sitzen zu Hause, könne nicht shoppen gehen. Insofern muss ich nicht mehr so arg viel dazu sagen. Die Forderungen sind wirklich lange bekannt.

Ein Thema, das eigentlich alle betrifft, ist: Es wäre total schön, wenn die Leute von ihrem Brutto auch mal wieder ein bisschen mehr Netto hätten, wenn auch mal wieder Kaufkraft da wäre und ich nicht ständig mit irgendwelchen Erhöhungen irgendwelcher Beiträge zur Kranken- oder Pflegekasse und was weiß ich nicht alles die Kaufkraft schmal mache. Wenn keine Kaufkraft da ist, kann das Geld nicht ausgegeben werden. Wenn ich jetzt mal ein bisschen ketzerisch sein darf: Handel ist nicht nur, dass einer mal von A nach B etwas verkauft und sich jetzt eine goldene Nase verdienen will. Handel ist auch eine Kultur, ein Kulturgut. Es gibt inzwischen entsprechende Gutachten, dass dort auch ein hoher sozialer Austausch stattfindet. Das ist, das kann ich Ihnen beantworten, im Onlinehandel zurzeit das größte Problem des Onlinehändlers, denn wir haben ohne Ende Telefonate, im Schnitt eine halbe Stunde, Dreiviertelstunde, wo Kunden einfach nur reden wollen. Die wollen einfach nur mit irgendeinem kommunizieren. Die kaufen einen Füllhalter für 20 Euro und verlangen am Telefon eine dreiviertelstündige Beratung, und zum Schluss reden sie über Gott und die Welt, denn diese Personen sind einfach einsam. Vielleicht auch mal ein bisschen in diese Richtung geguckt: Alles, was wir dem Handel jetzt Gutes tun, müssen wir später nicht an anderer Stelle subventionieren, ob wir über psychologische Krankheiten, Kriminalität etc. pp. reden. Ein funktionierender Innenstadthandel ist wirklich ein hohes Gut. Man kann wirklich schon fast von einem Kulturgut reden.

Der letzte Punkt, ich glaube, daran müssen wir alle arbeiten, ist die öffentliche Wahrnehmung der momentanen Diskussion. Wenn im Halbstundentakt durch die Medien geht: Oh, es wird alles teurer, es wird noch viel schlimmer –, dann ist verhältnismäßig klar, was jeder Haushalt zu Hause macht. Der sagt: Oh, es wird alles teuer. Wir müssen jetzt mal das Geld zusammenhalten. – Die Spareinlagen steigen und steigen. Das Geld ist ja da, vielleicht nicht bei allen, aber 80 Prozent der Leute haben Geld, aber die geben es einfach nicht mehr aus, denn wenn ihnen ständig suggeriert wird, dass es noch teurer wird, und wir wissen gar nicht, was noch kommt, das ist dann wie Hamsterkäufe. – Vielen Dank!

Vorsitzender Damiano Valgolio: Vielen Dank, Herr Kaim! – Frau Krisilion! Möchten Sie fortsetzen?

Angeliki Krisilion (IBB) [zugeschaltet]: Von meiner Seite habe ich zu den Themen nichts zu ergänzen.

Vorsitzender Damiano Valgolio: Vielen Dank, Frau Krisilion! – Dann gebe ich direkt das Wort an Herrn Wiedenhaupt. – Bitte schön!

Frank Wiedenhaupt (Schuldner- und Insolvenzberatung für Kleinstselbstständige bei der Berliner Stadtmission): Vielen Dank! – Jetzt kann ich bei den vielen Punkten, die ich auf der Liste habe, wahrscheinlich noch bis 17 Uhr reden.

Herr Wolf! Das Beispiel Sawade war ein Beispiel, um zu zeigen, was Planungsunsicherheit bedeutet. Würde ich Sawade beraten, hätte ich mir eine schwere Datenschutzpanne erlaubt, und das wäre es dann gewesen. Wir beraten Kleinstselbstständige, Inhaberinnen, Inhaber, Soloselbstständige, Freiberufler, Freiberuflerinnen mit einem maximalen Jahresumsatz von 2 Millionen Euro und bis zu neun Mitarbeitenden.

Zum Jahresbericht: Wir müssen Halbjahres- und Jahresberichte erstellen und der Senatsverwaltung zur Verfügung stellen. Da haben wir die aktuellen Zahlen zum Ende des Jahres drin: Wie viele Sprechstunden haben stattgefunden? Was ist uns aufgefallen? Wie ist die Geschlechterverteilung, mehr Männer, mehr Frauen? – und solche Sachen. Ich habe den dabei und kann Ihnen jetzt sagen, dass wir im letzten Jahr über 500 verschiedene Personen beraten und 1 573 Sprechstunden abgehalten haben. Um dieses Beratungsangebot überhaupt darzustellen, war der erste Anlaufpunkt die bezirkliche Wirtschaftsverwaltung in Mitte. Die kennen uns. Frau Brüning, die dort verantwortlich ist, hat ihre Kollegin aus, ich glaube, Treptow-Köpenick dazu geladen. Das heißt, es waren zwei Bezirke in diese ganze Geschichte involviert. Hinzu kommt, dass wir zusammen mit der Senatsverwaltung für Wirtschaft eine Telefonkonferenz mit allen Gewerbeabteilungen der Bezirke hatten. Von daher kann ich mir jetzt nicht vorstellen, dass die unser Beratungsangebot nicht kennen, zumal sie uns ihren lokalen Beratungsangeboten empfohlen haben. Wir kriegen immer wieder Klienten von Kiezmanagements. Es gibt auch in den Bezirken für problematisierte Selbstständigkeiten Anlaufpunkte, die sich dann bei uns melden und mitteilen: Könnt ihr nicht diese oder jene Person beraten?

Unser Budget steht auch im Haushalt. Das sind 250 000 Euro im Jahr. Wir sind 2,1 RAZ, also vier Personen, die eine Arbeitszeit von 2,1 RAZ haben plus 50 Prozent Verwaltung.

Für die Idee des Beratungsscheins bin ich absolut dankbar, dass Sie diesen Punkt hier erwähnen, denn Beratungsschein bedeutet, man geht zu einem Anwalt und sagt: Mach mir bitte den Insolvenzantrag! – Die Amtsgerichte, wenn Sie Amtsrichter und Amtsrichterinnen fragen: Wie sehen Insolvenzverfahren von – das ist jetzt kein Bashing, aber O-Ton – von Anwälten aus, die mit Beratungsschein Insolvenzanträge machen? –, dann fürchten sich alle Verwalter, denn die Kunst eine Insolvenzberatung ist nicht, diesen Scheißantrag zu stellen, sondern die Kunst liegt darin, überhaupt erst mal die Voraussetzungen zu schaffen, damit so ein Antrag funktioniert, dass ihm stattgegeben wird, dass das Verfahren erfolgreich ist und dass diese Person hinterher keine Schulden mehr hat. Wenn Sie also mit einer Person in die Insolvenz gehen, die noch private Mietschulden hat, die gewerbliche Mietschulden hat, dann haben Sie die Gefahr, dass die ihren Laden verliert oder aber ihre private Wohnung. Das ist quasi wie Prävention Obdachlosigkeit. Wenn die ihren Strom nicht bezahlt haben, weil sie versucht haben, die Kontopfändung beim Finanzamt wegzukriegen, dann würde dieses Insolvenzverfah-

ren dafür sorgen, dass der Strom zu Hause abgestellt wird mit enormen Kosten des An- und Abknipsens. Und der ganze Unterhaltsscheiß, ich sage das mal so ein bisschen emotional: Sie müssen auch mit den Jugendämtern reden, dass der Unterhalt wieder auf Vordermann gebracht wird. Sie müssen dafür sorgen, dass die Unterhaltsvorschusskassen die aktuellen Jahresabschlüsse bekommen, dass die die Einnahmen- und Ausgabenrechnung kriegen, denn daran wird der Unterhaltsvorschuss berechnet. In dieser Arbeit ist eine gute Stange Sozialarbeit drin. Ich kann mir nicht vorstellen, dass bei unserer Klientel, bei der Yogalehrerin, ein Anwalt sagt: Och ja, für einen Beratungsschein werde ich mir diese ganze Arbeit antun. – Dieses Problem hat übrigens die konventionelle Schuldnerberatung permanent. Man nennt das zweite Ernte, weil immer wieder bundesweit Institutionen auf dem Markt sind, die versuchen, mit armen Leuten noch Geld zu verdienen, indem sie sagen: Wir machen ganz schnell ohne Wartezeit deine Insolvenz. – Das machen sie auch, aber da ist nichts geregelt. Von daher bin ich absolut dankbar für diese Frage, um mal zu zeigen, dass Insolvenzberatung nicht einfach ist, diesen blöden Antrag auszufüllen, der im Regelinsolvenzverfahren aus neun Seiten besteht und noch ein bisschen Gedöns zu Vermögensangaben. Das kriegen Sie hier alle hin, aber der Scheiß davor, um überhaupt einen Menschen zu beruhigen – – Die kommen ja nicht zu uns an und sagen: Ach ja, ich mache mal eine Insolvenz, juhu. Super, ich bin jetzt 30 Jahre Kioskbesitzer. Jetzt gehe ich in die Insolvenz. – Das sind Menschen, die suizidgefährdet sind. Wir haben zwei Fälle, wo wir den SpD einschalten mussten, den Sozialpsychiatrischen Dienst, weil wir Angst hatten, der oder die tut sich was. Das werden Sie mit Beratungsscheinen nicht hinkriegen. Von daher, stellen Sie sich mal eine ganz andere Insolvenzberatung für Kleinselbstständige vor. Das sind Menschen, das ist eine ganz wichtige Betonung. Wir beraten keine Kapitalgesellschaften.

Ansonsten zur Vernetzung: Wir sind sehr eng mit der IHK verbunden. Wir haben ein Jahr lang mit der IHK Sprechstunden abgehalten. Das ist jetzt nicht mehr nötig, denn die Klienten, die dort auflaufen, werden direkt an uns verwiesen. Es gab einen Town-Hall-Call in Verbindung mit der Senatsverwaltung für Wirtschaft über Insolvenzrecht, wo ich das erzählt habe, Insolvenz ist gerade kompliziert. Die Klienten, die am Anfang zu uns kamen, wussten gar nicht, dass sie ergänzende Leistungen bekommen können, um ihren privaten Haushalt zu führen. Das heißt, wir haben zusammen mit der IHK Fortbildungen und Seminare angeboten, damit diese Menschen das erfahren. Wenn Sie das alles im Vorfeld nicht prüfen, dann geht so eine Beratung komplett schief. Ein Insolvenzverfahren mit losen Enden geht absolut im Nirwana aus. – Damit habe ich ein bisschen erzählt, wie so eine Beratung aussieht. Ich bin nebenbei noch Dozent für Insolvenzrecht, und die erste Nummer, die man als Berater macht, ist: Ruhe reinbringen, die Leute zu beruhigen. Es kommt niemand zu uns in die Beratung und sagt: Ha, ich habe einen Sack verschulden, helfen Sie mir mal –, sondern die Leute sind schamerfüllt. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung, bei der ich viereinhalb Jahre im Vorstand war, hat gerade ein Zuwendungsprojekt gekriegt, diese Schamecke zu beleuchten, damit die Menschen früher und lockerer kommen, damit sie sich mehr öffnen und diese Scham wegstreichen.

Kapazitäten war eine Frage. Wir sind aktuell auf dem Standpunkt, dass wir versuchen, neuen Klienten, die sich bei uns melden, innerhalb von drei Tagen einen Termin zu geben, weil wir nicht wissen, was das Problem ist, und um, falls Gefahr im Verzug ist, Ruhe reinzubringen und die ersten Dinge zu machen, um erst mal für eine ruhige Stimmung zu sorgen. Folgetermine können länger dauern. Das Problem ist, dass auch wir mit Corona kämpfen müssen. Wir hatten einen Fehlalarm, was Corona angeht. Das heißt, zwei Kollegen waren mal für zwei

Tage weg. Dann hatten wir mal einen richtigen Coronafall. Wenn 0,8 RAZ, also 80 Prozent der Beratungsleistung, mal eben weg sind, dann haben wir natürlich ein Problem. Dann müssen wir ziemlich ächzen.

Frau Bozkurt! In meiner Eigenschaft als Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung habe ich immer gesagt: Die Sanierungsinstrumente funktionieren nur, wenn man Planungssicherheit hat, und das wurde auch aufseiten der Bundesarbeitsgemeinschaft veröffentlicht. Auch die IHK hat am Anfang der Pandemie so eine Art Leitfaden, den ich entworfen habe, veröffentlicht, mit Insolvenzen zu warten. Das hat der VID, der Verband der Deutschen Insolvenzverwalter mitgekriegt, und ein Herr Dr. Bergner, dort Geschäftsführer, bat mich telefonisch um ein Gespräch: Können wir nicht mal über Insolvenzen reden? – Das war ein ziemlich hartes Gespräch, weil er immer versuchte, mich von dieser Meinung wegzukriegen. Ich sollte mir doch vorstellen, was das bedeutet. Wir haben viel zu wenig Insolvenzverfahren, und auch den Insolvenzverwaltern geht es jetzt schlecht. Sie haben vielleicht den „Tagesspiegel“ gelesen: Die renommierte Kanzlei Leonhardt Rattunde wird sich auflösen, eine sehr bekannte Insolvenzkanzlei, weil es zu wenig Verfahren gibt. – Nur, das muss man aushalten. Solange keine Planungssicherheit ist, sollte man es verhindern, sofern man nicht in den strafrechtlichen Bereich reinkommt, indem man Coronahilfen beantragt, die man hätte vielleicht nicht beantragen dürfen oder Sonstiges.

Bei der Gelegenheit: Natürlich haben wir immer auch mal einen Klienten, der, sagen wir mal, den Geist der Abgabenordnung noch nicht so ganz verinnerlicht hat, wo zwei, drei Steuererklärungen fehlen, wo wir versuchen, ihn mit Stellen zu vernetzen oder ihn zu briefen, wie er diese Steuererklärungen machen kann. Ich glaube, auch das wird nicht über Beratungsschein funktionieren.

Alleinerziehende Frauen, das ist ein Riesenproblem. Zum einen müssen sie ihr Business, das klingt jetzt hochtrabend, managen. Wir haben Coaches, wir haben Tänzerinnen, Musikerinnen usw. Die müssen ihre Selbstständigkeit aufrechterhalten. Sie kommen abends nach Hause, sind müde, müssen dann erst mal die Buchhaltung machen, die gehört dazu, und dann sind die Blagen zu Hause, die sagen: Mama, ich muss morgen ein Referat abgeben. Kannst du mir helfen oder Hausaufgaben machen –, und sie müssen ihren ganzen Haushalt erledigen. – Herr Vorsitzender! Ich habe sehr viele Fragen bekommen, ich glaube, die meisten Fragen. Ich versuche, es kurz zu machen. – Das ist tatsächlich eine Klientel, die schwere Probleme hat, dieses alles unter einen Hut zu bringen.

Was wir wieder erleben: Man kann relativ schnell – das war, ich glaube, die dritte Frage von Ihnen – beim Gewerbeamt eine Selbstständigkeit anmelden. Was einem Selbstständigen aber niemand sagt: Möglicherweise fällst du unter die Rentenpflichtversicherung, übrigens auch ein Teil, den wir vorher prüfen müssen, denn wenn jemand in die Insolvenz geht und die Rentenversicherung stellt fest, der ist seit drei Jahren in der Rentenpflicht versichert, dann fordern die 30 000 Euro nach. Das sind neue Schulden, die nicht in die Schuldbefreiung gehen. Das heißt, diese ganzen Nebenkriegsschauplätze, kennen viele Gründer in Berlin nicht, gerade mit Migrationshintergrund. Die sagen, ich mache mal eine Imbissbude auf, oder ich bin kräftig und arbeite als Handwerker. – Die müssen prüfen, ob sie rentenpflichtversichert sind. Pflicht heißt, sie müssen dann dort versichert sein. Sie müssen gucken, ob sie irgendeiner Bauzusatzkasse angeschlossen sein müssen, wo sie Beiträge leisten. Da gibt es, das stellen wir immer wieder fest, Probleme, weil es ihnen keiner sagt. Von daher wäre es interessant, bei Existenz-

gründungsseminaren mal das Thema Scheitern reinzubringen: Wie funktioniert eigentlich der Notausgang? – So wie ich im Flugzeug darauf hingewiesen werde, wo ich rauskomme, so hätte es sicherlich auch Vorteile, so etwas da mit hineinzubringen, den Exit darzustellen: Wie kann der eigentlich funktionieren?

Jetzt bin ich von zweien gefragt worden, was ich für Forderungen an die Politik habe. Ich kann eigentlich noch gar nicht so richtig fordern, weil wir nicht wissen, wo die Reise hingeht. Planungssicherheit ist immer wieder das Thema, das heißt auch Planungssicherheit für unsere Finanzierung, denn wir leiern jetzt immer mehr Insolvenzverfahren an, die drei Jahre gehen. In den Insolvenzverfahren kommen immer wieder neue Fragestellungen, denn die Leute, die wir gerade in die Insolvenz schicken, bleiben zur Hälfte weiter selbstständig. Eine Yogalehrerin, die in die Insolvenz geht, muss nicht abmelden, sondern die kann weiterarbeiten. Da entwickeln sich immer wieder Fragen, und es gibt Paragrafen, die nicht ganz klar sind. Das heißt, Planungssicherheit für uns und natürlich Planungssicherheit politisch.

Eine Sache, die ich tatsächlich als Bitte habe, ist Kommunikation. Es gab Ende November einen Bundespolitiker oder eine Bundespolitikerin, die sagte: Die Coronawelle geht hoch. Wir überlegen gerade, ob wir nicht auch noch die Gastronomie zumachen. – So ein Satz führt zu einem heftigen Griff ans Herz eines Gastronomen und hat bei den Gastronomen, die ich kenne, dafür gesorgt, dass über 50 Prozent aller betrieblichen Feiern abgesagt worden sind, obwohl es dann nicht passiert ist. Das heißt, Sie müssen, wenn Sie Dinge erzählen, und Sie haben auch keine Planungssicherheit und wissen auch nicht genau, was ist, sich immer überlegen, wie diese Sätze aufgenommen werden. Was fühlt der Gastronom, der Einzelhändler? – Natürlich freut der sich jetzt, weil die Maskenpflicht im Einzelhandel wegfallen wird, super, aber bei gegenteiligen Sätzen: Na ja, die Welle wird wieder stärker. Wir überlegen wieder, die Gastronomie mehr einzuschränken –, bedeutet das, dass Dinge passieren. Denken Sie immer daran: Es sind Menschen, mit denen wir hier zu tun haben. Das sind keine Homines oeconomici. – Ich hoffe, ich habe nichts vergessen.

Vorsitzender Damiano Valgolio: Vielen Dank, Herr Wiedenhaupt! Sehen Sie es mir bitte nach, dass ich immer ein bisschen auf die Uhr gucken muss. – Herr Senator Schwarz, bitte!

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) [zugeschaltet]: Sie hatten mich vorhin gefragt, und ich wollte kurz zusammenfassend dazu Stellung nehmen. Es mal ganz herzlichen Dank für den Input von allen, die sozusagen an der praktischen Front stehen und hier sehr unmittelbar wiedergegeben haben, wie sich die Situation darstellt, was für unsere Arbeit als Senatsverwaltung sehr wichtig ist!

Zur IBB kann man sagen, dass hier eine ganz erhebliche Unterstützungsleistung für die Berliner Wirtschaft getätigt worden ist mit über 6 Milliarden Euro in der Coronakrise, zu großen Teilen Bundesmittel, die aber über die IBB geflossen und bearbeitet worden sind. Ich glaube, man kann heute sagen, dass das zu einer extremen Stabilisierung beigetragen hat.

Natürlich gibt es Lücken, und wir werden mit dem besten Programm nie alle erreichen können. Es wird auch Unternehmen geben, die aus dem Markt ausscheiden. Das ist so. Das ist in der Marktwirtschaft so, und das ist eine wichtige Funktion in einer funktionierenden Wirtschaft, dass Neues entsteht und auch Unternehmen ausscheiden. Das hat nichts mit Corona zu tun, das hat etwas mit unserem Wirtschaftssystem zu tun. Wichtig ist es aber, Instrumente

anzubieten wie das, was Herr Wiedenhaupt vorgestellt hat. Die Schuldnerberatungsstelle ist ein extrem wichtiges Instrumentarium. Natürlich werden wir sie auch 2022 beibehalten und bewerten, ob es unter Umständen auch längerfristig Sinn macht. Das hängt von den Entwicklungen ab, die wir in den nächsten Monaten sehen werden.

Mir scheint ganz wichtig, auch für die Zukunft: Wir wollen mit dem Neustartprogramm genau da ansetzen und Problemunternehmen, die Eigenkapitalprobleme haben, ganz gezielt unterstützen, wenn sie geschwächt aus der Coronapandemie kommen. Herr Kaim! Dazu gehören auch strukturelle Unterstützungen wie zum Beispiel, Sie hatten es genannt, Marketing, und auch eine Stärkung der Zentren im Einzelhandel ist uns ganz wichtig, denn machen wir uns nichts vor: Nicht alle Insolvenzen sind ursächlich mit Corona verbunden, das muss man auch mal ganz deutlich sagen, sondern wir haben in vielen Bereichen unserer Wirtschaft einen tiefen strukturellen Wandel. Wir haben ihn im Einzelhandel, und Corona hat sicherlich einiges extrem beschleunigt, was den Unternehmen das Leben sehr schwer macht, aber der Strukturwandel war schon vorher da, und der wird sich weiter vollziehen. Es ist ganz wichtig, dass wir gemeinsam mit dem Handelsverband, wir sind in sehr engem Austausch, gute Antworten finden, um dem Strukturwandel Rechnung zu tragen. Ich weiß, dass der Verband das von sich aus macht. Das halte ich für ein sehr verantwortungsvolles Handeln.

Am Ende will ich eine Botschaft mitgeben, denn das ist mir sehr wichtig: Wir müssen gerade bei Menschen, die sich sehr mutig für eine Selbstständigkeit entschieden haben, gesellschaftlich ein Zeichen geben, dass eine Insolvenz oder das, was Sie vorhin gesagt haben, ein stilles Ausscheiden aus dem Markt, nicht ein persönliches Scheitern darstellen sollte, jedenfalls nicht gesellschaftlich in der Anerkennung, denn am Ende kommen viele vielleicht enttäuscht aus so einer Situation heraus, aber das sind alles Erfahrungen, die diese Unternehmerinnen und Unternehmer, auch Kleinstunternehmer, stärker machen. Ich habe höchsten Respekt. Wir müssen in Deutschland immer wieder deutlich machen, dass wir Menschen nicht ächten. Herr Wiedenhaupt! Sie haben vorhin von Scham gesprochen. Es ist wichtig, dass Politik und Gesellschaft immer wieder deutlich machen, dass jemand, der aus dem Markt ausscheidet, aus welchen Gründen auch immer, keinen Grund hat, sich dafür zu schämen, dass er es gewagt hat, sich selbstständig zu machen. Viele Beispiele zeigen, dass der zweite oder dritte Anlauf extrem erfolgreich sein kann, weil man das Learning aus so einer Unternehmenskrise mitgenommen hat. Das ist eine ganz wichtige Botschaft, denn meine Sorge ist: Wenn diese Botschaft nicht trägt, dann werden wir beim Gründungsgeschehen irgendwann Probleme haben, weil Menschen sagen, sie haben keine Lust mehr, sich selbstständig zu machen, oder sie haben zu starke Befürchtungen, dass das mit persönlichem Scheitern verbunden ist. Dem muss man entgegenwirken, und ich hoffe, dass die Schuldnerberatungsstelle und auch die IBB mit ihrem großen Instrumentenkasten dem ein Stück weit entgegenwirken. – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Damiano Valgolio: Vielen Dank, Herr Senator Schwarz! – Damit würde ich diesen Besprechungspunkt abschließen. – Bitte, Herr Wolf!

Christian Wolf (FDP): Nur eine Kleinigkeit! – Vielen Dank für Ihr Plädoyer für das Unternehmertum, Herr Schwarz! – Herr Wiedenhaupt! Sie hatten gesagt, Sie schicken einen Jahresbericht an die Senatsverwaltung. Deswegen wollte ich kurz fragen, inwieweit dieser der Öffentlichkeit zur Verfügung steht und ob man den als Ausschuss bekommen kann, damit man sich ein Bild über die Insolvenzlage im Land Berlin machen kann. – Vielen Dank!

Vorsitzender Damiano Valgolio: Vielen Dank, Herr Wolf! – Herr Senator Schwarz! Können Sie das beantworten? – Bitte!

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) [zugeschaltet]: Ich muss mal kurz schauen. Ich sehe hier keinen, der die Hand hebt. Ich würde sagen, wir nehmen das auf, Herr Wolf. Ich finde es einen guten Vorschlag, das öffentlich zu machen. – Frau Leutenecker aus unserem Haus meldet sich. Vielleicht können Sie, Herr Vorsitzender, ihr das Wort geben.

Vorsitzender Damiano Valgolio: Ja, bitte, sehr gern!

Sabine Leutenecker (SenWiEnBe) [zugeschaltet]: Es handelt sich dabei um einen Bericht, den wir als Zuwendungsgeber bekommen, aber wir können die Zahlen, die uns darin berichtet werden, natürlich dem Ausschuss zur Verfügung stellen.

Vorsitzender Damiano Valgolio: Vielen Dank! Wir werden das dann weiterleiten. – Herr Wiedenhaupt! Sie hatten sich noch einmal gemeldet. – Bitte!

Frank Wiedenhaupt (Schuldner- und Insolvenzberatung für Kleinstselbstständige bei der Berliner Stadtmission): Ich weiß nicht, ob so ein Sachbericht eine geheime Kommandosache ist. Wenn wir das dürfen, sehe ich nicht das Problem, Ihnen das zur Verfügung zu stellen. Ich dachte, der wäre öffentlich. Daran soll es nicht liegen. Aber ich weiß nicht, wie die Usancen sind.

Sabine Leutenecker (SenWiEnBe) [zugeschaltet]: Ich schlage vor, dass wir eine schriftliche Information von unserer Seite aus an das Abgeordnetenhaus weiterleiten.

Vorsitzender Damiano Valgolio: Lassen Sie uns so verfahren, dass die Verwaltung das dem Ausschuss zur Verfügung stellt in dem Umfang, wie es möglich ist! – Vielen Dank! – Bitte, Frau Schmidt!

Ines Schmidt (LINKE): Ich hätte noch eine Bitte, wenn Sie den Bericht fertig machen – Sie hatten es angesprochen, Herr Wiedenhaupt –, dass wir das aufdröseln nach Frauen, Männern und Alleinerziehenden. Es wäre mir sehr wichtig, dass diese Zahlen mit vorhanden sind. – Danke schön!

Vorsitzender Damiano Valgolio: Bitte!

Frank Wiedenhaupt (Schuldner- und Insolvenzberatung für Kleinstselbstständige bei der Berliner Stadtmission): Wir müssen wegen der Anerkennung als anerkannte Stelle eine sehr umfangreiche Statistik für die Senatsverwaltung IAS abgeben. Da sind genau diese Daten drin. Das heißt, die Senatsverwaltung für Soziales hat im Rahmen der Bundesstatistik auch diese Zahlen gekriegt. Ansprechpartnerin dort ist Frau Olivia Manzke. Ich glaube nicht, dass es Probleme gibt, diese Auswertung zu bekommen. Ich bin mir rechtlich nicht ganz klar, aber in dieser Statistik, die wir dort abgeben, steht genau, wie alt, Staatsangehörigkeit, Männlein, Weiblein. Sie geht auch in die Bundesstatistik ein, und wenn dann Destatis einmal im Jahr erklärt, wie es bei den Schuldnerinnen und Schuldnern in Deutschland aussieht, dann sind auch unsere Daten da mit drin. Das ist sehr genau aufgedrösel.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) [zugeschaltet]: Wenn ich darf, Herr Vorsitzender?

Vorsitzender Damiano Valgolio: Bitte!

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) [zugeschaltet]: Ich schlage vor, wir stimmen uns mit dem Hause von Frau Kipping ab und stellen dann dem Ausschuss die entsprechenden Informationen zur Verfügung.

Vorsitzender Damiano Valgolio: Vielen Dank! So machen wir das. Vielen Dank, Herr Senator! Vielen Dank, Frau Leutenecker! – Ich schlage vor, dass wir jetzt die Lüftungspause vorziehen, weil wir schon fast zwei Stunden zusammensitzen. Lassen Sie uns das jetzt machen! Diesen Tagesordnungspunkt schließe ich ab, wenn niemand darauf besteht, dass wir ihn vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt. – Das sehe ich nicht. Dann lassen Sie uns den Tagesordnungspunkt abschließen! – Ich bedanke mich ganz herzlich bei den Anzuhörenden. Vielen Dank, dass Sie hier waren und uns Ihre Informationen haben zukommen lassen! Vielen Dank dafür, dass Sie sich Zeit genommen haben!

[Lüftungspause von 15.57 bis 16.14 Uhr]

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 19/0139
**Startupförderung weiterentwickeln –
Zukunftspotentiale heben**

[0025](#)
WiEnBe
Haupt

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Die Bedeutung der Datensicherheit für Berliner
Unternehmen – staatliche Unterstützung bei
Hackerangriffen**
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0004](#)
WiEnBe

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.